

1291/AB XXI.GP
Eingelangt am: 29.11.2000
BM für Wirtschaft und Arbeit

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1423/J betreffend Ausgliederung Insolvenzausfallgeldfonds - Schließung des Standortes Salzburg, welche die Abgeordneten Mag. Maier, Reitsamer und Genossen am 25. November 2000 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 12 der Anfrage:

Die mit der Organisationsanalyse beauftragte Beraterfirma hat in der Zwischenzeit ihr Gutachten in Punkto Standortveränderung insbesondere unter Zugrundelegung der Aspekte Kundennähe, sachgerechter Vollzug des Insolvenz - Entgelt - Sicherungsgesetz (IESG) und nicht zuletzt Motivation des Personals dahingehend abgeändert, dann nunmehr für den Vollzug des IESG 9 Standorte - darunter auch Salzburg - vorgeschlagen werden. Die geforderte Sicherstellung des Weiterbestandes der IESG - Geschäftsstelle Salzburg ist somit gewährleistet.